

AiR Aktiv im **Ruhestand**

6

Magazin für Seniorinnen und Senioren im dbb
Juni 2018 – 69. Jahrgang

Alterseinkommen:

Genug für ein entspanntes Leben?

Seite 4 <

Soziale
Gerechtigkeit:
Ist Altersarmut
passé?

Seite 13 <

Rentenpolitik
der neuen Bun-
desregierung:
Hohe Erwartung

mit
dbb Seiten

Auf den ersten Blick ...

... ist die Rente mal wieder sicher. Oder immer noch. Zumindest stabil, wenn man der Bundesregierung glaubt. Ganz frei von Ungerechtigkeiten ist die Rente aber noch nicht, und auch bei den Pensionen gibt es noch viel zu stabilisieren. Die Altersversorgung bleibt also ein politisches Dauerthema – darauf kann man sich jedenfalls wirklich verlassen. Und wer seine Rentenreichtümer vom Konto abheben will, muss erst einmal sehen, ob es in der Nähe überhaupt noch eine Bankfiliale gibt. Statt auf die Bankensuche zu gehen, könnte man aber auch mal richtig aufräumen oder den Inhalt des Kühlschranks neu sortieren. Zu tun gibt es zum Glück immer irgendetwas. Mehr zu diesen und anderen Themen lesen Sie in Ihrem aktuellen AiR.

Impressum:

AiR – Aktiv im Ruhestand. Magazin des dbb für Ruhestandsbeamte, Rentner und Hinterbliebene. Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** airmagazin@dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Redaktion:** Carl-Walter Bauer (cwb), Dr. Walter Schmitz (sm), Stefan Czogalla (cz) und Mathias Warning (wa). **Redaktionsschluss:** 10. jeden Monats. Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. „AiR – Aktiv im Ruhestand“ erscheint zehnmal im Jahr. **Titelbild:** © colourbox.de. **Einsendungen zur Veröffentlichung:** Manuskripte und Leserzuschriften müssen an die Redaktion geschickt werden mit dem Hinweis auf Veröffentlichung, andernfalls können die Beiträge nicht veröffentlicht werden.

Bezugsbedingungen: Nichtmitglieder bestellen schriftlich beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 35,90 Euro zzgl. 5,50 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,10 Euro zzgl. 1,25 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Für Mitglieder der BRH-Landesorganisationen ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Adressänderungen und Kündigungen bitte schriftlich an den dbb verlag. Abbonementskündigungen müssen bis zum 1. Dezember beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr.

Layout: FDS, Geldern. **Verlag:** dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.726191740.

Anzeigenverkauf: dbb verlag gmbh, Mediacyber, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 59** (dbb magazin) und **Aktiv im Ruhestand Preisliste 47**, gültig ab 1.10.2017.

Druckauflage: dbb magazin 598 651 Exemplare (IVW 1/2018). **Druckauflage AiR – Aktiv im Ruhestand** 15 000 Exemplare (IVW 1/2018). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.



ISSN 1438-4841

> Schwerpunkt: Rente und Pensionen



4

Editorial

- > Soziale Gerechtigkeit: Ist Altersarmut passé? 4

Aktuell

- > GKV-Versichertenentlastungsgesetz: dbb fordert Nachbesserungen 5
- > Anpassung zum 1. Juli: Renten steigen kräftig 8
- > Digitalisierungsdebatte: Mehr Praxisbezug 8

Standpunkt

- > Senioren und gesellschaftlicher Wandel: Wir sind bereit, Neues zu lernen 6

Aus den Ländern

- > BRH NRW: Arbeitnehmerempfang ohne Seniorenthemen 9
- > Seniorenseminar in Königswinter: Aktiv und gesund älter werden 9

Schwerpunkt

- > Rentenpolitik der neuen Bundesregierung: Hohe Erwartungen 11
- > Rentenbescheide: Zahl der Widersprüche sinkt 13
- > Beamtenversorgung in Bund und Ländern: Nachhaltigkeit ist Pflicht 14

Kompakt

- > Seltene Erkrankungen: Behandlungschancen verbessern 16
- > Finanzsystem: Das Filialsterben geht weiter 17

Blickpunkt

- > Mindesthaltbarkeitsdatum: Viel zu schade für die Tonne 18

Modernes Leben

- > Richtig aufräumen: Kehraus für neue Freiheit 20

Satire

22

Buchtipps

23

Gewinnspiel

24

dbb

- > 100 Jahre dbb, Teil 1: Rück-Reise in fünf Stationen 25
- > europa – Passagierbeförderung: Der ÖPNV wird systemrelevant 28
- > dbb bundesfrauenvertretung Deutscher Kita-Preis: Für die Kleinsten nur das Beste 31
- > brennpunkt – Europäischer Datenschutz 33
- > interview – Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat 44



8



11



14



17



Senioren und gesellschaftlicher Wandel:

Wir sind bereit, Neues zu lernen

Zwei Themen spielen derzeit in Politik und Medien eine große Rolle: Digitalisierung und Renten. Bei der Diskussion, wie es um die Digitalisierung in Deutschland bestellt ist, werden Seniorinnen und Senioren nahezu vollständig ausgeklammert. Ähnlich geht es verschiedenen Personengruppen beim Thema Rente.

Beim letztgenannten Punkt lässt sich das relativ leicht erklären: Die Personengruppen, die in der Diskussion wenig oder keine Erwähnung finden, sind von Ungerechtigkeiten betroffen, deren Korrektur nicht oder nur bedingt in Erwägung gezogen wird.

Die Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern, deren Altersbezüge nahezu 30 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch niedrigere Werte zugrunde gelegt werden als in den alten Bundesländern, wird zwar die Angleichung in Aussicht gestellt. Termine, zu denen es nur noch einen Rentenwert für ganz Deutschland geben sollte, wurden jedoch mehrfach nach hinten geschoben, zuletzt mit dem Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz auf das Jahr 2024.

Auch bei der Anerkennung von Kindererziehungszeiten tun sich weiterhin Gerechtigkeitslücken auf. Der Koalitionsvertrag enthält hierzu zwei gravierende Fehler: Die rentenrechtliche Gleichbehandlung von Erziehungszeiten von vor und ab 1992 geborenen Kindern soll nur zugunsten von Müttern mit mindestens drei Kindern erfolgen (Mütterrente II). Zudem enthält der Koalitionsvertrag keine Regelung zur wirkungsgleichen Übertragung der Mütterrente auf die Beamtinnen und Beam-



> Wolfgang Speck

ten. Für die dbb bundes-seniorenvertretung sind alle Kinder gleich viel wert, und schon deshalb werden wir bei dieser Forderung keine Ruhe geben, zumal die Länder Bayern und Sachsen die Mütterrente für ihre Beamtinnen und Beamten schon längst beschlossen haben.

Unsere zentrale Forderung für die Zukunft des Rentensystems ist, dass endlich ein verlässlicher Generationenvertrag entwickelt wird, der dem Aspekt der Generationengerechtigkeit Rechnung trägt.

Auch die Digitalisierung ist in aller Munde. Doch anscheinend geht man in weiten Teilen der Politik davon

aus, dass die ältere Generation davon nicht betroffen ist. Richtig ist, dass viele der heute 75-Jährigen und Älteren sich mit Computer und Internet schwerertun als 40-Jährige. Jedoch gibt es zum einen Gegenbeispiele, und zum anderen erfasst die Digitalisierung inzwischen alle Lebensbereiche. Die Teilnahme an gesellschaftlichen Veranstaltungen wird ohne Internet immer schwieriger und mitunter teurer als mit Internet. So ist der Ausdruck einer Theaterkarte am heimischen Computer meist kostenlos, während für den Versand eine Gebühr zu zahlen ist. Flexible Mobilitätsangebote, Nachbarschaftshilfe oder die Organisation von

pflegerischer Versorgung bieten sich für digitale Unterstützung geradezu an.

Senioren kommen an der Digitalisierung nicht vorbei und sind bereit, Neues zu lernen. Letztlich können viele digitale Angebote der älteren Generation den Alltag erleichtern, wenn sie angenommen werden. Es darf aber nicht zur Normalität werden, dass Industrie und Institutionen Dienstleistungen immer weiter digitalisieren, ohne die Voraussetzungen für deren Akzeptanz bei der älteren Generation zu schaffen. Sich dabei allein auf die zahlreichen Angebote von Vereinen und ehrenamtlichen Helfern zu verlassen, die zum Beispiel Computer- und Internetkurse anbieten, bedeutet, sich ein Stück weit aus der Verantwortung zu stellen.

Daher müssen auch die Seniorinnen und Senioren in die politischen Überlegungen zur Gestaltung der Digitalisierung einbezogen werden. Selbst wenn die Feststellung „Wir sind vielleicht langsamer, kennen aber die Abkürzung“ hier nicht zutrifft, sollten die Kompetenzen und Erfahrungen älterer Menschen genutzt werden, um die Digitalisierung für alle Generationen zum Gewinn zu machen.

Wolfgang Speck,
Vorsitzender der dbb
bundesseniorenvertretung

Anpassung zum 1. Juli:

Renten steigen kräftig

Nachdem der Bundesrat der von der Bundesregierung beschlossenen Rentenwertbestimmungsverordnung 2018 zugestimmt hat, werden die Renten in diesem Jahr zum 1. Juli deutlich angehoben.

Im Westen Deutschlands steigen sie um 3,22 Prozent und im Osten um 3,37 Prozent. Der aktuelle Rentenwert steigt von 31,03 Euro auf 32,03 Euro, der aktuelle Rentenwert (Ost) von 29,69 auf 30,69 Euro. Die Renten erhöhen sich damit angesichts einer aktuellen Inflationsrate von 1,6 Prozent auch real; den Rentnerinnen und Rentnern steht mehr Kaufkraft zur Verfügung.

Grundlage für die Renten Anpassung ist die Entwicklung der Löhne und Gehäl-

ter. Die maßgebliche Lohnsteigerung nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung betrug 2,93 Prozent in den alten und 3,06 Prozent in den neuen Bundesländern. Darüber hinaus kam der in der Rentenformel verankerte Nachhaltigkeitsfaktor zur Anwendung, der die Entwicklung des zahlenmäßigen Verhältnisses von Rentenbeziehern zu Beitragszahlern berücksichtigt. Dieser wirkt sich mit plus 0,29 Prozentpunkten positiv

aus, im Wesentlichen eine Folge des hohen Beschäftigungsstandes.

Nach dem Rentenüberleitungsabschlussgesetz sollen die Rentenwerte in den neuen Bundesländern bis 2024 denen im Westen angepasst sein. Mit der jetzt erfolgenden Rentenanpassung erreicht der aktuelle Rentenwert (Ost) 95,8 Prozent des Westwerts. Dabei kam eine Regelung zur Anwendung, die der dbb im Gesetzgebungsverfahren zum Rentenüberleitungs-

abschlussgesetz gefordert hatte.

Steigen die Löhne im Osten stärker, als im Rahmen des gesetzlich festgeschriebenen Anpassungsprozesses vorgesehen, wird der günstigere Wert zur Berechnung der Rentenanpassung im Osten herangezogen, so dass eine vollständige Rentenangleichung auch schon vor 2024 umgesetzt sein könnte. Ansonsten hätte die Steigerung im Osten in diesem Jahr bei 3,33 Prozent gelegen. ■

Digitalisierungsdebatte:

Mehr Praxisbezug

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach hat in der Debatte über die Digitalisierung mehr Praxisbezug gefordert.

„Alle reden vom ‚Megatrend Digitalisierung‘. Die Debatte wird aber oft zu abstrakt und – etwa im Fall des öffentlichen Dienstes – nicht genug aus Sicht der Bürger und Beschäftigten geführt“, mahnte Silberbach beim Gewerkschaftstag des dbb Hessen am 26. Mai 2018. „Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein. Wie auch immer sich die Welt in Zukunft weiterentwi-

ckelt: Die Menschen und ihre Bedürfnisse dürfen nie aus dem Blick geraten.“

Natürlich müssten grundlegende Voraussetzungen wie etwa der Ausbau der Infrastruktur zentral koordiniert und schnell vorangetrieben werden. „Der Breitbandausbau ist aber eines der wenigen Projekte, auf dessen Notwendigkeit sich alle Beteiligten einigen können. Da-

nach wird es dünn, weil jeder Akteur beim Thema ‚Digitalisierung‘ andere Schwerpunkte setzt“, so der dbb Chef. Schon im öffentlichen Dienst zeige sich diese Vielfalt: „Der Anspruch von Lehrern, Schüler auf eine digitale Welt vorzubereiten, ist etwas völlig anderes, als die Einführung einer elektronischen Akte in der Verwaltung.“

Mit dem technischen Fortschritt müsse daher ein Mentalitätswandel einhergehen. „Digitalisierung ist kein Projekt, das man von oben verordnet, einmal umsetzt und dann zu den Akten legen kann. Es ist auch nicht damit getan – um es ganz einfach zu sagen – E-Mails statt Briefe zu schreiben. Stattdessen müssen wir die Art und Weise, wie wir beispielsweise Verwaltungsdienstleistungen erbringen, ganz neu denken und konsequent an den Bedürfnissen der Bürger und der Beschäftigten ausrichten. Das erfordert dauerhaft und flächendeckend mehr Know-how und Ressourcen. Langfristig wird sich diese Investition rechnen.“ ■